



TECHNOLOGIEFÖRDERUNGSPROGRAMM

Tiroler Digitalisierungsförderung





Technologieförderungsprogramm des Landes Tirol

Tiroler Digitalisierungsförderung

Förderungsrichtlinie

1. Präambel

Vor dem Hintergrund laufender und zukünftiger Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft wird der Digitalisierung im Sinne von digitaler Transformation von Produktions-, Dienstleistungs-, Arbeits-, sowie Lehr- und Lernprozessen eine enorme Bedeutung zukommen. Die Tiroler Landesregierung versteht diesen Umstand als Chance, durch gezielte Unterstützungsleistungen zu einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und Gesellschaft in Tirol beizutragen.

Ausgehend vom Positionspapier der Tiroler Landesregierung „digital.tirol - Eine Initiative im Rahmen des Projekts Lebensraum Tirol 4.0“ soll die vorliegende Förderungsaktion zur kontinuierlichen Weiterentwicklung der Tiroler Unternehmenslandschaft, zur Nutzung des Potentials der „Herausforderung Digitalisierung“ sowie zur verstärkten Kooperation von Wirtschaftsakteuren beitragen.

Neben dem Industrie- und Produktionssektor sollen mit der vorliegenden Förderungsaktion auch weitere Branchen wie beispielsweise

- Tourismus,
- Verkehr
- Handel oder
- Dienstleistungen

angesprochen werden.

Einen zusätzlichen Aspekt stellt die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle dar, die durch die Möglichkeit der Nutzung von umfassenden Datenbeständen entstehen. Dass dabei Datensicherheit zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen sowie die Einhaltung von Datenschutzbestimmungen auch generell zu beachten sind, bedarf erhöhter Aufmerksamkeit und gründlicher vorbereitender Analyse.

Reine Rationalisierungsmaßnahmen oder die Automatisierung von Prozessen ohne weitergehende Gesamtkonzepte sind nicht Gegenstand der vorliegenden Förderaktion.

2. Allgemeine Zielsetzungen

Das Ziel der Tiroler Digitalisierungsförderung liegt vor allem darin, Tiroler Unternehmen bei der Einführung modernster digitaler Technologien inklusive der Schulungsmaßnahmen für Mitarbeiter zu unterstützen. Generelle Zielsetzung dabei ist es, die umfassende Umsetzung (nicht die F&E) von Digitalisierungsmaßnahmen zu forcieren und die notwendige, möglichst frühzeitige Integration der Mitarbeiter zu fördern, damit die Tiroler Unternehmen mit den internationalen Entwicklungen Schritt halten können.

Neben der Förderung von Konzept- und Investitionsphase ist auch den Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen speziell niedrigqualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter breiter Raum gewidmet, weswegen parallel zu den technischen Maßnahmen auch dezidiert auf die Förderung von Qualifikations- und Kompetenzaufbau Wert gelegt wird.

Die Tiroler Digitalisierungsförderung versteht sich dabei als branchenoffenes Förderinstrument, welches alle Stufen der Wertschöpfungskette begleiten und unterstützen soll.

Die Förderungsaktion umfasst somit drei Module, die im Folgenden tabellarisch zusammengefasst werden:

Modul	Konzepte, Strategien, Planungen	Investition	Schulung, Qualifikations- und Kompetenzaufbau
Zielsetzung	Konzepterstellung und Detailplanung, Change Management	Senkung der Eintrittsbarriere für Investitionen in modernste Anlagen(-teile)	Aufbau digitaler Kompetenzen insbesondere auch für niedrig qualifizierte Menschen, Nutzung modernster didaktischer Methoden, Inklusion
Was wird gefördert	Interne und externe Personalkosten im Zusammenhang mit der Planung und Entwicklung eines detaillierten Implementationsplanes von Digitalisierungsprozessen	Investitionen in abnutzungsfähige Anlagen im direkten Zusammenhang mit digitaler Transformation (Soft- und Hardware, Netzwerktechnik, AR/VR, Steuerungstechnik)	Interne und externe Personalkosten im Zusammenhang mit Schulung und Weiterbildung, Entwicklung und Implementation modernster Vermittlungstechniken von Lehr- und Lerninhalten (AR/VR, Gamification)
Höhe der Förderung	bis zu 50% der förderbaren Kosten; max. € 100.000,-- Förderung, idR de-minimis	10% – 20% der förderbaren Kosten; max. € 300.000,-- Förderung gem. AGVO bzw. max. € 200.000,-- Förderung gem. de-minimis	Förderung bis zu 50%, max. € 100.000,-- Förderung, idR de-minimis

3. Förderungsnehmer

Förderungsnehmer können Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sein, die zum Zeitpunkt der Antragstellung seit zumindest fünf Jahren bestehen bzw. deren Betriebsübernahme mindestens fünf Jahre zurück liegt und entweder im Besitz einer aufrechten Gewerbeberechtigung nach der Gewerbeordnung oder in nachstehender Liste angeführt sind:

- erwerbswirtschaftliche Betreiber von touristisch bzw. freizeitwirtschaftlich relevanten Infrastruktureinrichtungen (z.B. Campingplätze, Freizeitparks, Kinos, Ballonfahr- und Hänge bzw. Gleitschirmunternehmen, Raftingunternehmen, etc.)
- Telekommunikations- und Rundfunkunternehmen mit der Berechtigung der RTR GmbH
- Mitglieder der Kammer der Architekten und Ingenieurskonsulenten für Tirol und Vorarlberg mit Standort in Tirol

Große Unternehmen im Sinne des EU Beihilfenrechts können auf Basis der de-minimis Regeln gefördert werden.

4. Förderbare Projekte und Kosten

Prinzipiell müssen zumindest zwei Module beantragt werden. Dabei muss ein dem Modul Konzepte, Strategien, Planungen entsprechendes Grundlagenpapier vorliegen. Da es sich bei der vorliegenden Förderungsaktion nicht um eine Entwicklungsförderung handelt, müssen die Förderwerber Anwender der im Projekt umgesetzten digitalen Technologien bzw. bei unternehmensübergreifenden Prozessen Leadpartner sein.

Pro Unternehmen und pro Digitalisierungsvorhaben kann nur ein Förderungsansuchen gestellt werden.

Je nach Entwicklungsstand im Bereich der Digitalisierung des antragstellenden Unternehmens können insbesondere folgende Projekttypen als förderfähige Vorhaben identifiziert werden:

- gleichbleibende Prozesse innerhalb des Unternehmens, jedoch die Einführung einer neuen Logik (Digitalisierung der Prozesse)
- unternehmensübergreifende Prozesse im Sinne von Einbeziehung vor- und nachgelagerter Einheiten (Lieferanten, Kunden), z.B. in den Bereichen Beschaffung, Vertrieb und/oder Vernetzung
- die Entwicklung neuer Geschäfts- und Innovationsmodelle

Leasingfinanzierungen können nicht gefördert werden.

Die Projekte müssen innerhalb Tirols verwirklicht werden.

4.1. Modul Konzepte, Strategien, Planungen

Das Modul Konzepte, Strategien, Planungen fördert gezielt Vorhaben zur Analyse von Geschäftsprozessen sowie für eine erfolgreiche Implementierung von Digitalisierungsprozessen notwendige Konzeptarbeiten inkl. Change Management.

Die Förderquote beträgt bis zu 50% der förderbaren Kosten.

Der Nachweis der geleisteten internen Stunden erfolgt durch Stundenaufzeichnungen, aus denen Art und Umfang der Tätigkeiten ersichtlich ist.

Die externen Personalkosten sind mit der Höhe der internen Personalkosten limitiert, die Maximalförderung in dieser Phase beträgt € 100.000,--.

Die förderbaren Projektkosten für dieses Modul müssen mindestens € 10.000,-- betragen.

Die förderbaren externen Leistungen werden mit € 1.000,-- pro Tag limitiert, die projektbezogenen internen Personalkosten sind zur Gänze förderfähig (Lohn- und Lohnnebenkosten — plus eines maximalen Gemeinkostenzuschlags von 20%). Reisekosten sind im projektnotwendigen Ausmaß förderfähig. Kosten für geschäftsführende Gesellschafter, soweit sie am Projekt teilnehmen, sind mit € 35,-- pro Stunde limitiert.

4.2. Modul Investition

Das Modul Investition fördert die Investitionen in aktivierte Anlagen oder Anlagenteile, die direkt mit der Einführung von Aspekten der digitalen Transformation von Unternehmen im Zusammenhang stehen. Dazu zählen beispielsweise Hard- und Software, digitale Kommunikationseinrichtungen, generative Fertigungssysteme (Laser, 3D-Druck, o.ä.) oder auch Augmented Reality/Virtual Reality Systeme.

Dabei sollen nicht Projekte zur standardmäßigen Umsetzung von Automatisierungslösungen unterstützt werden, sondern die Förderwerber sollten sich gezielt und auf der Basis strategischer Überlegungen in Richtung Digitalisierung entwickeln.

Die Zielsetzung eines erfolgreichen Digitalisierungsprojektes ist dabei in erster Linie, die horizontale und vertikale Datenintegration zu ermöglichen bzw. zu verbessern. Wie bereits erwähnt, sind reine Automatisierungsprojekte oder Projekte, die ausschließlich Rationalisierungsaspekte umfassen, von einer Förderung ausgeschlossen.

Die Projekte müssen einen maßgeblichen Beitrag zur Erreichung folgender Zielsetzungen leisten:

- Wesentliche Vertiefung der horizontalen Datenintegration über die gesamten Wertschöpfungsnetzwerke
- Erhöhung der Datenintegrität über die gesamte Wertschöpfungskette
- Verbesserung der vertikalen Integration und vernetzte Produktionssysteme
- Informationsherleitung aus den gewonnenen Daten und Verwendung der Daten für Analyse, Steuerungsprozesse etc.
- Neue Arbeits- und Geschäftsmodelle

Auf technischer Ebene lassen sich dabei folgende beispielhafte Umsetzungsmaßnahmen definieren:

- Softwaresysteme zur Produktionsplanung und -steuerung
- Product-Lifecycle-Management-Systeme (PLM)
- Virtual Reality Systeme
- Augmented Reality Systeme
- Techniken zur Automatisierung und Steuerung der internen Logistik
- Datenaustausch mit Zulieferern bzw. Kunden
- Techniken zur Automatisierung und Steuerung der internen Logistik
- digitale Systeme zur Bereitstellung von Zeichnungen oder Arbeitsplänen
- durch Hotelzimmerbelegungsplan gesteuertes Energie- und Ressourcenmanagementsystem

Schließlich betreffen die Einführung und Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen auch die gesamte Strategie des Unternehmens bis hin zur Organisations- und Personalentwicklung mit definierten Schnittstellen zum Modul Schulung, Qualifikations- und Kompetenzaufbau:

Neue Innovations- und Geschäftsstrategien

- neue Innovationsmodelle
- neue Geschäftsmodelle
- neue Dienstleistungen und Services

Organisation und Personalentwicklung

- Arbeitsorganisation
- Produktionsorganisation
- Produktionsmanagement/-controlling

Die Förderquote beträgt 10% (große und mittelgroße Unternehmen) bis 20% (kleine Unternehmen) der förderbaren Kosten, abhängig von der Unternehmensgröße und des Unternehmensstandortes. Die maximale Förderung in dieser Phase liegt bei € 300.000,-- bzw. ist diese aufgrund der de-minimis Bestimmung mit € 200.000,-- begrenzt.

Die förderbaren Projektkosten für dieses Modul müssen mindestens € 50.000,-- betragen.

4.3. Modul Schulung, Qualifikations- und Kompetenzaufbau

Ziel des Moduls Schulung, Qualifikations- und Kompetenzaufbau ist der Aufbau digitaler Kompetenzen auch für niedrig qualifizierte Menschen, die Nutzung modernster didaktischer Methoden und die Ausbildung für den Aufbau von Digitaler Exzellenz in den geförderten Unternehmen. Dabei sollen die geförderten Ausbildungsmaßnahmen in ein konkretes Digitalisierungsprojekt eingebettet sein.

Umgesetzt werden kann dieser Ansatz vor allem durch eine Wissensvermittlung, die auf zwei Säulen beruht:

Zum einen können die Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung vor allem durch individuelles Erleben statt durch bloßes theoriegestütztes Vermitteln weitergegeben werden. Dies gilt umso mehr, wenn es um das handlungsgetriebene Anwenden neuer Technologien (Digital Experience) geht. Beispielhaft könnten hier die Verwendung von Augmented Reality Anwendungen in der Logistik genannt werden.

Ergänzt wird dies parallel oder im Nachgang mit der Vermittlung von Hintergrundinformationen zum Funktionieren der verwendeten Technologien, um zumindest eine grundlegende Nachvollziehbarkeit bei den Lernenden zu gewährleisten.

Kriterien für die Förderungsfähigkeit

Zielgruppe der auszubildenden Mitarbeiter:

- Beseitigung der Barrieren für Digitalisierung direkt in den operativen Prozessen, d.h. Höherqualifikation und Kompetenzaufbau auch für niedrig qualifizierte Menschen

- Dort, wo die Vorteile bzgl. Effizienz und Effektivität direkt im Produkt/Dienstleistung/Prozess ankommen
- „Last Mile Effekt“ bei der Digitalisierung der Geschäftsprozesse beseitigen

Kompetenzprofil des externen Trainers bzw. der externen Schulungsinstitution:

- belegbarer Bezug auf die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen auf dem Gebiet der Digitalisierung

Schulungs- und Ausbildungsinhalte:

- Kurzgefasster Ausbildungsplan

Ausbildungsmethodik

- Die Methodik muss inhaltlich-didaktisch, aber auch in technologischer Hinsicht, z.B. Labor, AR/VR, Webinare etc. beschrieben sein. Eine Ausbildung, die ausschließlich direkt am Arbeitsplatz stattfindet, ist nicht förderungsfähig.

Was wird gefördert

- Externe Kosten (Kosten des Ausbildenden), Grenze: € 1.000,-- pro Tag; zeitliches Limit max. 7 Tage (Typischerweise Basismodul 2 Tage, Aufbau-Modul 2 Tage, vertiefende Module inkl. ggf. praktische Umsetzung 3 Tage)
- Interne Personalkosten inkl. Reisekosten für und während der Dauer der Ausbildung
- Die Summe der externen förderbaren Kosten ist dabei mit der Summe der förderbaren internen Personalkosten limitiert

Die Weitergabe des erworbenen Wissens im Sinne eines „Train the Trainer“ Prinzips ist erwünscht, aber nicht direkt förderungsfähig.

Die Förderquote beträgt bis zu 50%. Die Maximalförderung in dieser Phase beträgt € 100.000,--.

Die förderbaren Projektkosten für dieses Modul müssen mindestens € 10.000,-- betragen.

5. Art und Ausmaß der Förderung

Die Förderung erfolgt in Form von nichtrückzahlbaren Zuschüssen in der maximalen Höhe von insgesamt € 500.000,-- für alle drei Module pro Projekt. Die komplementäre Finanzierung der Investitionsphase durch einen ERP-KMU Kredit (ev. mit Bundesgarantie) erhöht die Erfolgswahrscheinlichkeit des geförderten Projektes, in dem das Finanzierungsrisiko gesenkt wird. Für die Gewährung eines Zuschusses aus der vorliegenden Aktion ist die Inanspruchnahme eines ERP-Kredites jedoch nicht zwingend erforderlich.

Die Grenze für eine De-minimis Förderung liegt bei € 200.000,-- pro Unternehmensgruppe (verbundene Unternehmen), wobei andere De-minimis Förderungen im laufenden und in den zwei vorangegangenen Geschäftsjahren einzurechnen sind.

6. Projektlaufzeit

Der Zeitraum für die Durchführung des förderungsfähigen Projektes wird in der Förderungsvereinbarung festgelegt. Ein förderungsfähiges Projekt ist in der Regel innerhalb von 2

Jahren durchzuführen. Eine Verlängerung der Projektlaufzeit ist in begründeten Ausnahmefällen möglich.

7. Verfahrensbestimmungen

Die Förderungsabwicklung dieser Förderungsaktion erfolgt in enger Abstimmung und Kooperation mit der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH – aws.

Der jeweilige Förderungsantrag ist ausnahmslos vor Beginn des Förderprojekts (Beginn der Arbeiten, erste Bestellung, Rechnung, Lieferung/Leistung oder Zahlung vor Antragstellung) bei der Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH – aws einzubringen. Das Förderverfahren wird ausschließlich über das digitale Einreichungssystem der aws (<https://foerdermanager.aws.at>) abgewickelt.

Die Förderungen werden nach dem Antragsprinzip vergeben und erfolgen nach budgetärer Verfügbarkeit.

Im Einzelfall können noch zusätzlich erforderliche Unterlagen/Informationen angefordert oder auf für die Beurteilung nicht erforderlichen Unterlagen verzichtet werden.

Der/die Fördernehmer haben vor Gewährung der Beihilfe jede De-minimis-Beihilfe anzugeben, die er/sie in den vergangenen zwei Steuerjahren und im laufenden Steuerjahr erhalten hat/haben.

Der/die Fördernehmer ist/sind verpflichtet, mit seinem/ihrem Antrag eine Erklärung mit dem Inhalt abzugeben, welche Förderungen für das beantragte Vorhaben oder Teile dieses Vorhabens beantragt wurden oder beantragt werden.

Die Abteilung Wirtschaft, Amt der Tiroler Landesregierung bzw. die aws kann zur fachlichen und/oder wirtschaftlichen Beurteilung der Vorhaben Experten innerhalb und/oder außerhalb des Amtes der Tiroler Landesregierung beiziehen. Diese Experten unterliegen dabei entweder der Amtsverschwiegenheit oder sie sind vertraglich zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

Die Prüfung der einzelnen Förderungsanträge erfolgt durch die aws.

Die Förderungsentscheidung obliegt der Tiroler Landesregierung auf Basis einer fachlichen Empfehlung der aws.

Die Vertragserrichtung sowie die Durchführung sämtlicher Prozesse bis hin zur Zwischen- bzw. Endabrechnung und etwaige Vertragsänderungen erfolgen durch die aws im Namen und auf Rechnung des Amtes der Tiroler Landesregierung.

Die Auszahlung erfolgt durch das Amt der Tiroler Landesregierung

Der Zuschuss kann als einmaliger Betrag oder in Teilbeträgen nach Abschluss einzelner Module ausbezahlt werden.

8. Rahmenrichtlinie

Über die Bestimmungen dieser Richtlinie hinaus gilt die Rahmenrichtlinie der Wirtschaftsförderung des Landes Tirol für die Vergabe von Förderungen und für die Förderungsabwicklung. Diese Rahmenrichtlinie ist integrierender Bestandteil der gegenständlichen Richtlinie.

9. EU-rechtliche Grundlagen

Neben der Rahmenrichtlinie der Wirtschaftsförderung des Landes Tirol bilden folgende EU-rechtliche Grundlagen den Bezugsrahmen der gegenständlichen Förderungsaktion:

- Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1), in weiterer Folge De-minimis Verordnung
- Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.06.2014, S. 1)¹, in weiterer Folge Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung, insb. die Artikel 14, 17, 25 und 31.

Neben den materiell rechtlich relevanten Artikeln der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung, VO (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17.6.2014 (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S.1.), sind die allgemeinen Bestimmungen des Kapitels 1 der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung verbindlich anzuwenden, insbesondere:

- Artikel 1 Absatz 4 lit a AGVO, wonach festgelegt wird, dass einem Unternehmen, das einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen ist, keine Beihilfen gewährt werden dürfen, ausgenommen Beihilferegeln zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen.
- Artikel 1 Absatz 4 lit c AGVO, wonach festgelegt wird, dass keine Beihilfen an Unternehmen in Schwierigkeiten vergeben werden dürfen, ausgenommen Beihilferegeln zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen.
- Artikel 1 Absatz 5 lit a AGVO, wonach verlangt werden kann, dass die Gewährung einer Beihilfe davon abhängig ist, dass die Beihilfeempfängerin/der Beihilfeempfänger zum Zeitpunkt der Auszahlung der Beihilfe eine Betriebsstätte oder Niederlassung in dem die Beihilfe gewährenden Mitgliedstaat hat.
- Artikel 8 AGVO, wonach die Kumulierungsvorschriften verbindlich einzuhalten sind.
- Artikel 9 AGVO, wonach Veröffentlichungs- und Informationspflichten, insbesondere für Beihilfen ab € 500.000,-- einzuhalten sind.

Sämtliche EU-Vorschriften sind in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

10. Kumulierung

Nach der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung gewährte Beihilfen dürfen nicht mit anderen nach dieser Verordnung freigestellten Beihilfen, De-minimis-Beihilfen oder anderen Fördermitteln der Gemeinschaft für dieselben – sich teilweise oder vollständig überschneidenden – beihilfefähigen Kosten kumuliert werden, wenn aufgrund dieser Kumulierung die entsprechende

¹ geändert durch Verordnung (EU) 2017/1084 der Kommission vom 14. Juni 2017 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 in Bezug auf Beihilfen für Hafen- und Flughafeninfrastrukturen, in Bezug auf Anmeldeschwellen für Beihilfen für Kultur und die Erhaltung des kulturellen Erbes und für Beihilfen für Sportinfrastrukturen und multifunktionale Freizeitinfrastrukturen sowie in Bezug auf regionale Betriebsbeihilferegeln für Gebiete in äußerster Randlage und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 in Bezug auf die Berechnung der beihilfefähigen Kosten (ABl. L 156 vom 20.06.2017, Seite 1)

Beihilfeshöchstintensität bzw. der entsprechende Beihilfeshöchstbetrag nach Maßgabe dieser Verordnung überschritten wird.

11. Publizitätsvorschriften

Der Förderungsnehmer hat im Rahmen der Umsetzung von Projekten ab einer bestimmten Höhe der gewährten Landesförderung bei allen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten auf die Förderung des jeweiligen Projekts aus Mitteln der Wirtschaftsförderung des Landes Tirol hinzuweisen. Dabei ist insbesondere das Logo des Landes Tirol mit einem entsprechenden Hinweis auf die Landesförderung zu verwenden. Nähere Bestimmungen dazu enthält Pkt. 5.9 der Rahmenrichtlinie für die Wirtschaftsförderung des Landes Tirol sowie der im Anhang V dieser Rahmenrichtlinie festgelegte „Leitfaden für die Publizitätsvorschriften für die Wirtschaftsförderung des Landes Tirol“.

12. Transparenzvorschriften

Gemäß Tiroler Fördertransparenzgesetz, LGBl. Nr. 149/2012, ist die Tiroler Landesregierung verpflichtet, bei Landesförderungen über einem Betrag von € 2.000,-- pro Förderart, den vollständigen Namen bzw. die Bezeichnung der juristischen Person des Förderungsnehmers, die Postleitzahl, die Art und Höhe der Förderung, die Gesamtinvestitionssumme, sofern diese ein Kriterium für die Höhe der Förderung ist, jährlich dem Landtag bekannt zu geben und auf der Landeshomepage zu veröffentlichen.

13. Sprachliche Gleichbehandlung

Soweit in dieser Richtlinie auf natürliche Personen bezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei der Anwendung der Bezeichnung auf bestimmte natürliche Personen ist die jeweils geschlechtsspezifische Form zu verwenden.

14. Geltungsdauer

Diese Richtlinie des Landes Tirol tritt am 01.02.2018 in Kraft und gilt bis 31.12.2022; die Anträge müssen spätestens am 30.06.2022 bei der Abwicklungsstelle eingelangt sein.